

10. März 2021

Schriftliche Anfragevon Stephan Iten (SVP)
und Sebastian Vogel (FDP)

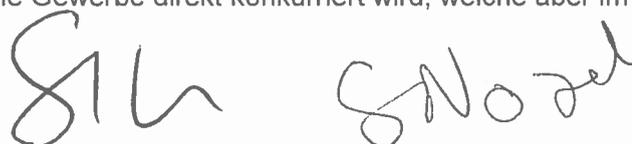
Die Bauarbeiten für den Fussgängerübergang Verbindung Greencity – Wollishofen wurde, wie wir in Erfahrung brachten, an eine ausserkantonale Firma vergeben. Dies, obschon sich offenbar genügend Betriebe auf dem Gebiet der Stadt und des Kantons Zürich darum beworben hatten.

Die auswärtige Unternehmung hat nicht nur lange Anfahrts- und Transportwege, aller Voraussicht nach wird sie auf ihre etablierten Lieferantenbeziehungen zurückgreifen und so werden auch für das Baumaterial, die Baustoffe sowie für die Maschinen und Geräte unnötig lange Transportwege anfallen. Damit werden tausende von Litern Diesel zusätzlich verbraucht, ohne dass für die Gemeinde daraus ein Mehrwert realisiert werden kann.

Weil für einen erheblichen Teil der Leistungen die Wertschöpfung ausserhalb der Gemeinde und des Kantons generiert wird, entgehen diesen nicht nur die Steuereinnahmen. Es fallen auch Kosten im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen an, da die Zürcher Unternehmungen aus saisonalen Gründen, aber auch infolge der Coronakrise, zu erheblichen Teilen ungenügend ausgelastet sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was sind die ganzen Bekenntnisse zur 2'000-Watt-Gesellschaft, zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Vermeidung von unnötigem Verkehr denn wert, wenn das TAZ als städtische Dienstabteilung, offensichtlich keinerlei Rücksicht darauf nimmt?
2. In den Submissionsbestimmungen sind ein erheblicher Teil der Vergabekriterien als weiche, respektive subjektive Faktoren abgefasst, welche es den Vergabebehörden ermöglichen, die geeignetste Unternehmung zu beauftragen. Dies auch dann, wenn das Angebot in absoluten Zahlen auf den ersten Blick nicht das günstigste ist. Kann das TAZ diese Kriterien nicht zugunsten von heimischem Schaffen nutzen? Wenn nein, könnte auf den Kanton eingewirkt werden, die entsprechenden Vorgaben zugunsten der Nachhaltigkeit anzupassen?
3. Das Gewerbe, welches in der Stadt Zürich und in den angrenzenden Gemeinden ansässig ist, trägt einerseits als Firma und andererseits über die Mitarbeiter als Steuerzahler zu den städtischen Steuereinnahmen bei. Sieht sich das TAZ als Stadtzürcher Dienstabteilung im Interesse der Stadt Zürich dem ansässigen Gewerbe und seinen Mitarbeitern verpflichtet oder wird dieser Aspekt vernachlässigt?
4. Das TAZ unterhält eine eigene Bauabteilung mit mehr als 100 Mitarbeitern, mit der das städtische Gewerbe direkt konkurriert wird, welche aber im Januar 2021 wohl genauso



wenig ausgelastet war, wie die entsprechenden privatwirtschaftlichen Betriebe. Dennoch war die Leistungsbilanz angesichts der starken Schneefälle im Januar 2021, um es zurückhaltend zu formulieren, eher durchzogen. Auch dort wurden ausserkantonale Unternehmungen beigezogen, obwohl in der Stadt und ihrer direkten Umgebung mehr als genügend Ressourcen verfügbar gewesen wären, um die Räumungsarbeiten kompetenter zu erledigen. Was organisiert das TAZ diesbezüglich, damit eine vergleichbare Situation künftig mit Unterstützung von Stadtzürcher Betrieben bewältigt werden kann?

Stu Stadel